

WIE LANGE DAUERT FLUCHT?

Im Gespräch mit Mag.^a Renate SCHOBER, Fonds Soziales Wien (FSW), Wien

Frau Schober ist Juristin und seit 27 Jahren bei der Stadt Wien beschäftigt. Die letzten zehn Jahre hat sie im Sozialbereich gearbeitet, seit Februar 2016 ist sie im Fonds Soziales Wien tätig. Ursprünglich begann sie im Büro des Flüchtlingskoordinators Peter Hacker, derzeit leitet sie die Abteilung Flüchtlingshilfe im FSW. Ihre Abteilung ist zuständig für die Grundversorgung von allen in Wien ansässigen geflüchteten Menschen, die einen Anspruch darauf haben. Zum Zeitpunkt des Interviews waren es 16.000 Personen.

Weit über den gesetzlichen Auftrag hinaus hat sie den Auftrag der Wiener Stadtregierung, das Konzept der „Integration ab dem ersten Tag“ umzusetzen. Frau Schober und ihre Abteilung sind für die Entwicklung von Bildungsmaßnahmen, wie Deutschkursen, Alphabetisierungskursen und Basisbildungsmaßnahmen zuständig. Des Weiteren werden Maßnahmen für Aus- und Weiterbildung entwickelt, und die Angebote für Geflüchtete laufend adaptiert. Sie ist stets in engem Kontakt mit den Leiter/inne/n der einzelnen Einrichtungen für Geflüchtete, um Notwendigkeiten zu erkennen und Maßnahmen zu entwickeln, wie beispielsweise dem höheren Bedarf an psychologischer und therapeutischer Betreuung Rechnung zu tragen.

Frage: Was sind die besonderen Herausforderungen in der heutigen Fluchtarbeit?

Frau Schober: *In der heutigen Fluchtarbeit sind die Herausforderungen vor allem in den sehr lange dauernden Asylverfahren zu sehen. Diese Zeit des Asylverfahrens bedeutet, dass die Menschen keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Sie haben aber dank unserer Deutschkurse wenigstens für diese Zeit eine Tagesstruktur und eine Aufgabe; aber ansonsten haben sie nichts zu tun, dürfen nichts tun, weil ihnen der österreichische Gesetzgeber den Zugang zum*

Arbeitsmarkt verwehrt. Die Asylverfahren dauern zwar unterschiedlich lange, es ist korrekt wenn das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) sagt, dass manche Verfahren in relativ wenigen Monaten abgeschlossen sind, aber es gibt auch andere Beispiele die zeigen, dass die Asylverfahren drei Jahre, vier Jahre dauern. Das sind harte Zeiten für Menschen, die es gewohnt waren in ihrer Heimat zu arbeiten, sich selbst zu ernähren und sich zu erhalten; sie waren ja selbständig und sie sind hier auf „Almosen“ angewiesen. Sie sagen selber, dass sie Almosen erhalten, sie möchten gerne arbeiten, sie sind dankbar und fühlen sich verpflichtet, dass sie hier sein dürfen und finden es beschämend, dass sie nicht arbeiten dürfen. Sie haben wenig zu tun, sie haben wenig Geld zur Verfügung in der Grundversorgung. Sie müssen über Monate oder Jahre mit sehr wenig Geld auskommen, das Taschengeld beträgt 40 Euro pro Monat, da kommt man wirklich nicht sehr weit. Sie sind von der Bundesregierung zur Untätigkeit gezwungen; dazu kommt, dass sie Zeitung lesen und in den Medien verfolgt und beobachtet, wie sich die Haltung in der Bevölkerung geändert hat, dass die Stimmung nicht mehr ganz so positiv ist. Sie bemerken, dass in ihren Reihen die Bekannten abgeholt und abgeschoben werden. D.h. sie fürchten, dass ihnen ein ähnliches Schicksal blühen könnte, wenn das Asylverfahren negativ ausgeht. Das alles demotiviert. Was den Menschen fehlt, ist Perspektive und Hoffnung. Es fehlt ihnen eine Tagesstruktur und das ist gefährlich, denn zum einen könnte es passieren, dass Menschen die nicht sehr gefestigt sind in die Kriminalität getrieben oder radikalisiert werden. Manche verfallen in Depressionen und völlige Lethargie, wobei das alles Menschen waren, die so nicht waren, die waren arbeitswillig, die waren fleißig, die waren tüchtig, die konnten für sich selber sorgen, aber das haben wir aus ihnen gemacht. Und die Folgen müssen wir jetzt auch tragen, denn die Folgen sind zum Teil psychische Erkrankungen und wir haben relativ viele Maßnahmen in der Akutpsychiatrie zu setzen. Die Beratungsgespräche in den Beratungsstellen werden immer länger, die Zuschriften des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl werden häufiger. Es kommen immer wieder neue Mitteilungen dieser Behörde, die oft nicht verstanden werden von den Asylwerbern und Asylwerberinnen und sie gehen zu den Beratungsstellen und bitten um Unterstützung – was das bedeutet und ob man was dagegen machen kann oder soll. Also wir haben derzeit in der Grundversorgung die wirklich große Herausforderung, dass sehr viele Menschen einen erhöhten Betreuungsbedarf haben, aufgrund auffälligen psychischen Verhaltens oder wirklich schwerer psychiatrischer Erkrankungen. Da wissen wir nicht, ob sie die schon mitgebracht haben aus ihrer Heimat oder erst hier entwickelt haben aufgrund der Gesamtsituation.

Andere Herausforderung in der Fluchtarbeit sind für die Städte, Gemeinden und für die Länder, dass sie jetzt Integrationsleistungen selber finanzieren müssen. Also die Integrationsmillionen von Herrn Sebastian Kurz, als er noch

Integrationsminister war, sind aufgebraucht und es gibt keine weiteren Mittel für Deutschkurse - das macht natürlich auch finanziell zu schaffen.

Ansonsten sind Herausforderungen in der Fluchtarbeit, das Reagieren auf neue Gesetze, also immer dann, wenn das Fremdenrechtspakt wieder einmal überarbeitet wird. Das letzte Fremdenrechtspaket, das beschlossen wurde, stellt uns natürlich vor neue Herausforderungen. Nicht nur uns, sondern auch die geflüchteten Menschen, zum Beispiel die Einführung der Residenzpflicht, das sind alles Dinge, das war nicht leicht, das ist eher kontraproduktiv für Integrationsarbeit. Residenzpflicht bedeutet, man darf einen Deutschkurs nicht besuchen, wenn er außerhalb des politischen Bezirkes angeboten wird, wo man zugewiesen ist. Was sehr schade ist. In Wien ist das jetzt nicht das Problem, weil Wien als eine Gemeinde gilt. Da ist das kein Problem, aber auf dem Land kann das sehr wohl zum Problem werden.

Fehlende Integrationsmittel sind ein großes Problem, psychische Erkrankungen und die sehr lange dauernden Asylverfahren sind derzeit die Herausforderungen in der Fluchtarbeit. Ansonsten sind die Herausforderungen für mich auch ganz besonders, die ungewisse Zukunft, wie geht es weiter mit der Grundversorgung. Derzeit haben wir eine Artikel 15a-Vereinbarung zwischen dem Bund und den Bundesländern, wo vereinbart ist, dass die Grundversorgung partnerschaftlich zwischen Bund und Ländern gemeinsam gemacht wird und auch die Kosten geteilt werden und wir uns derzeit nicht sicher sind, ob diese Artikel 15a-Vereinbarung nicht möglicherweise gekündigt werden wird in der nächsten Zeit. Wir fragen uns, was ist dann, wie geht es dann weiter, was passiert dann. Also das ist alles ungewiss, wir wissen es einfach nicht. Man kann auch derzeit keine Antwort darauf bekommen.

Frage: Wie hat sich ihre eigene Arbeit verändert, seit 2016?

Frau Schober: *Wir sind ja da, um strategische Vorsorge zu treffen und auf diese geänderten Anforderungen zu reagieren. Wenn ich sage, mehr Menschen sind psychisch krank, muss ich mich darum kümmern, dass wir mehr Liaison Dienste akquirieren können, dass wir entsprechende Betreuung des PSD [Psychosozialer Dienst] bekommen können, dass wir mehr Stunden bei den Psychiaterinnen und Psychiatern bekommen. Da müssen wir einfach darauf reagieren. Wir haben festgestellt, dass unter den Geflüchteten nicht nur gesunde Personen sind, wir haben jetzt vor einiger Zeit gehörlose Personen identifiziert und dann organisiere ich auch Deutschkurse für Gehörlose, da wird in Gebärdensprache unterrichtet. Wenn wir merken, es ist nicht mehr möglich, das Bundesland zu verlassen und Volontariate in anderen Bundesländern zu machen, dann müssen wir auch entsprechend darauf reagieren. Ich hatte einen iranischen Schilehrer hier in Wien in der Grundversorgung und eine Schischule in der Steiermark hat sich bereit erklärt, ein Volontariat*

machen zu lassen, das war aber nicht möglich aufgrund der Residenzpflicht. Also das sind Dinge, die machen einem das Leben schwer und wir müssen daher leider so oft auch den geflüchteten Menschen schlechte Nachrichten überbringen und sagen, es tut uns leid, aber das geht nicht.

Frage: Sie haben ja gesagt, dass sie vermehrte Angebote haben für Menschen mit besonderen psychischen Bedürfnissen. Wie schwierig ist das auch für die Mitarbeiterinnen?

Frau Schober: *Das ist sicher sehr schwierig für die Mitarbeiterinnen. Weil wir diese Personen auch dann in entsprechenden Einrichtungen unterbringen müssen mit einem besonders geschulten Personal. Die kann man nicht überall unterbringen, die können nicht überall wohnen. Man kann auch nicht sagen, da sind drei, vier junge Männer, die sich ein Zimmer teilen. Die können nur zu zweit oder einzeln untergebracht werden. Die brauchen dann meistens ein Einzelzimmer. Manche brauchen eine 24 Stunden Betreuung, besondere Medikamente, manche brauchen Bezugsbetreuerinnen, die darauf achten dass sie ihre Medikamente nehmen, dass sie in ihrem gewohnten setting und Umgebung bleiben, dass sie stabil bleiben. Das machen nicht die FSW-Mitarbeiterinnen, das machen unsere Kooperationspartnerinnen und -partner, wir arbeiten ja eng mit Caritas, Diakonie, Rotem Kreuz und vielen anderen NGOs zusammen. Diese Menschen mit besonderem Betreuungsbedarf, sind aufgeteilt auf die verschiedenen Einrichtungen und erhöhter Betreuungsaufwand bedeutet, man braucht nicht nur mehr Stundenaufwand, sondern eine höhere Qualifizierung beim Personal.*

Frage: Heißt das, dass die Institutionen ständig dagegen arbeiten müssen, gegen diese extremen Destabilisierungen?

Frau Schober: *Ja richtig, weil wir gelernt haben, dass es ja auch eine Sicherheitsfrage ist; sie wurden eingestuft als selbstgefährdend und/oder fremdgefährdend also dementsprechend ist es sehr wichtig, dass wir uns darum kümmern, dass sie gut versorgt und betreut sind. Da merken wir, obwohl insgesamt die Zahl der Geflüchteten sinkt, keine neuen mehr nachkommen und wir jedes Monat fast 400 Menschen aus der Grundversorgung derzeit verlieren, entweder weil sie eine positiven oder negativen Asylbescheid bekommen. Parallel dazu steigt die Zahl der Menschen, die einen erhöhten Betreuungsbedarf haben, also gerade bei den psychischen Erkrankungen. Das ist derzeit die Schwierigkeit. Was 2015, 2016 die Schwierigkeit war, dass man für zigtausend Menschen innerhalb kürzester Zeit Obdach findet, Nahrung, Wohnungsmöglichkeiten, Kleidung auftreibt – und dass man schnell 10.000 Deutschkursplätze einkauft, unter Einhaltung des Bundesvergabegesetzes. Es ist immer wellenartig eine neue Herausforderung. Und es ist jetzt ist auch die Herausforderung, dass wir organisierte Unterkünfte schließen müssen, weniger geflüchtete Menschen bedeutet, ich brauche weniger organisierte Quartiere, d.h. wir fahren die*

Quartiere herunter, wir versuchen möglichst geordnet und strukturiert die Quartiere zu schließen und herunterzufahren. Wir haben noch 2016 Wohngemeinschaften eröffnet für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die sind noch immer im offenen Asylverfahren, derzeit. Aber jetzt sind die nicht mehr minderjährig, d.h. wir brauchen jetzt eine andere Wohnform, wir müssen uns neue Wohnformen überlegen. Wir können nicht jemand aus einer Wohngemeinschaft, wo es einen kleinen niedrigen Betreuungsschlüssel gab, nicht sofort in ein reguläres organisiertes Quartier setzen. d.h. wir müssen Übergangslösungen schaffen, wir müssen Brückenlösungen schaffen.

Frage: Welche alternative Wohnformen gibt es, was ist da angedacht?

Frau Schober: *An Wohnformen gibt es jetzt die organisierten Unterkünfte, die großen Häuser, wo 100, 150 geflüchtete Personen unter einem Dach leben. Eine in Wien sehr beliebte Wohnform ist das private Wohnen, das haben die anderen Bundesländer nicht in diesem Umfang, wir in Wien lassen das zu, wenn das jemand möchte. Wenn sich drei, vier Personen zusammenschließen und das wenige Geld, das sie aus der Grundversorgung nehmen und eine Miete bezahlen können, ist uns das auch recht. Jeder soll so wohnen, wie er mag. In Wien sind das 70 % der Geflüchteten, die privat wohnen und nur 30% in organisierten Unterkünften. Innerhalb der organisierten Unterkünfte haben wir auch Quartiere für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Da sind es Wohngemeinschaften, Wohngruppen - abhängig von dem Betreuungsschlüssel wie viele oder wenige Personen da wohnen. Bei Jugendlichen ist der Betreuungsschlüssel besonders niedrig, einzelne Jugendliche sind auch bei Pflegefamilien untergebracht. In Wien haben wir das große Glück, dass wir die Kompetenz der Magistratsabteilung 11 zur Verfügung haben. Immer dann wenn ein Minderjähriger da ist, bekommen die den Obsorgebeschluss vom PflEGschaftsgericht. Die MA 11 hat ganz strenge Standards, wie mit Minderjährigen umzugehen ist; da ist es der MA 11 gleich, ob es ein Österreicher ist oder ein geflüchteter Jugendlicher, diese hohen Standards der MA 11 gelten für alle. Und die MA 11 hat uns dann unterstützt, dass wir entsprechende Wohngemeinschaften und Wohngruppen aufbauen können. Und dann gibt es noch eine weitere Wohnform, das dislozierte Wohnen. Das bedeutet, eine NGO mietet Wohnungen an, die NGO tut sich ein bisschen leichter einen Mietvertrag zu bekommen, als wenn es der Geflüchtete tun würde. Wir vom FSW bezahlen einen Tagsatz, die Leute wohnen zwar selbständig in der Wohnung, sind mitten in Wien in einem Wohnhaus untergebracht, kommen in Kontakt mit Wienerinnen und Wienern, sind umgeben von Nachbarinnen und Nachbarn, sodass die Integration auch erleichtert wird. Wenn man Kontakt hat mit Nachbarn muss man die Sprache anwenden und da sind wir überzeugt davon, dass die Integration auch besser funktioniert. Die Leute sind nicht ganz auf sich allein gestellt, zweimal in der Woche kommt jemand vorbei*

und sieht nach, da muss man am Anfang unter die Arme greifen. Aber das ist die Vorbereitung auf das selbständige Leben in Wien. Die Leute konnten ja selbständig wohnen, ich denke, das ist nicht vergleichbar, mit jemanden der jahrelang auf der Strasse gelebt hat. Den muss man anders betreuen als eine geflüchtete Familie. Die haben ja früher auch selbständig gelebt, die müssen nur lernen sich in einer neuen Umgebung zurecht zu finden.

Frage: Wie viele dislozierte Wohnformen gibt es in Wien?

Frau Schober: *Ich schätze es werden so 400 sein.*

Frage: Sie betreuen Familien bzw. die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Wie ist es eigentlich mit älteren Personen oder Frauen, die alleine da sind, gibt es da einen besonderen Fokus darauf oder besondere Betreuung?

Frau Schober: *Seit kurzer Zeit haben wir den Fokus darauf, bis vor kurzem war uns das nicht so bewusst, vielleicht weil die Gruppe sehr „leise“ war und nicht aufgefallen ist. Seit kurzem haben wir einen Fokus darauf, wir zählen sie auch zu den vulnerablen Gruppen. Zum Beispiel die afghanische Großmutter, die 60 Jahre alt ist, die von ihrer Familie getrennt ist und alleine da ist. (...) Die älteren Damen, die hatten wir nicht sofort am Radar, die wollen wir ausfindig machen. Im Jänner wird eine neue Einrichtung eröffnet, wo alleinstehende Damen hingebacht werden sollen, die brauchen Familienanschluss. Sie sollten nicht alleine wohnen, sondern mit anderen Familie gemeinsam, dass sich Sozialkontakte einfacher entwickeln, weil sie besonders schwierig Anschluss finden in Österreich. Sie werden niemals in den Arbeitsmarkt zugelassen werden, und können wahrscheinlich auch gar nicht mehr arbeiten. Es ist trotzdem wichtig, sie in die Gesellschaft zu integrieren.*

Frage: Also ist es das Ziel, dass man verschiedene Generationen zusammenbringt?

Frau Schober: *Nein, das Ziel ist, dass man alleinstehende Menschen vom Alleinsein wegbringt, dass sie Anschluss finden und nicht total vereinsamen, so lernen sie die deutsche Sprache nie. Wenn solche Damen alleine als Untermieterinnen wo sitzen, werden sie niemals die Sprache lernen können. Aber es ist eine gute Möglichkeit, in den organisierten Einrichtungen, wenn man die durchmischt, die bekommen Familien rein oder alleinstehende Mütter mit Kindern und dann hoffen wir, dass durch die räumliche Nähe Kontakte entstehen und sich entwickeln. Es ist nicht die große Vielzahl an Menschen, aber trotzdem, wir lernen auch laufend dazu. Wir sind auch eine lernende Organisation.*

Frage: Wie lange dauert nach ihren Erfahrungen die Flucht? Wie lange gibt es Nachwirkungen?

Frau Schober: *Wie lange wirklich die Nachwirkungen sind, da müsste man die Leute fragen, die in den 90er Jahren aus Jugoslawien geflüchtet sind. Ich habe immer noch den Eindruck, dass Flucht noch immer andauert. Es hat eine nette*

Begebenheit gegeben in der Magistratsabteilung 39, wo ein junger Bursch gemeinnützige Hilfstätigkeiten erbracht hat. Die MA 39 hat ein Labor und der junge Bursche hat dort in dem Labor geholfen, geputzt und an der Dienststelle geholfen. Die Leiterin dieses Labors hat selber Fluchterfahrungen und ist in den 1990er Jahren geflüchtet. Auf einmal steht dieser junge Syrer vor ihr, sie hätte seine Mutter sein können. Und ihre Fluchterfahrungen sind wieder wach geworden, wie schwer es war Fuß zu fassen in einer neuen Heimat. Sie hat dem jungen Mann geholfen und sehr unterstützt. Sie hat ihm gesagt, „du musst einen Deutschkurs machen, streng dich mehr an“ – er hat auch mehrere Stunden bekommen. Sie ist wie eine Mentorin oder Patin, hat ihn dann sogar zur Einvernahme im Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl begleitet. Ich glaube, dass ein Mensch, der geflüchtet ist, gut mitfühlen kann mit jenen, die das jetzt durchmachen. Es ist dann für den jungen Mann gut ausgegangen, er hat Asyl bekommen und mittlerweile ist er an der Dienststelle angestellt – die sind so begeistert von ihm. Er hat an der Dienststelle sofort Fachdeutsch gelernt.

Ich denke die Flucht hört nie auf, man vergisst es nicht, man verdrängt es vielleicht, wenn man es geschafft hat im neuen Land, ich glaube man vergisst es nicht und Menschen mit Fluchterfahrung haben viel Verständnis für die, die jetzt geflüchtet sind. Ich denke es kommt auch darauf an welche konkreten Fluchterfahrungen man gemacht hat. Es macht einen Unterschied ob man mit dem Flugzeug das Land verlassen konnte, oder ob man über das Mittelmeer geflüchtet ist und in letzter Sekunde gerettet wurde (..) Man kann es vielleicht auch eine Zeit gut unterdrücken, aber es wird immer wieder hochkommen, man kann es nicht einfach vergessen. (...) Ich glaube die wenigsten Leute hatten keine traumatischen Erfahrungen, entweder man ist halb im LKW erstickt oder fast im Mittelmeer ertrunken – an keinem geht das spurlos vorüber. Dazu kommen noch die Erfahrungen, die man im Heimatland gemacht hat. Die wenigsten sprechen darüber, die wenigsten zeigen ihre Narben. (...) Ich denke diese Erinnerungen kannst du nur unterdrücken, vergessen kann man es nie, ich glaube auch dass die Flucht solange dauert bis das Leben vorbei ist. Ich glaube auch, dass von der Psychologie her, dass sich die Angst auch auf die Kinder überträgt, auch wenn es nicht ausgesprochen wird. Ich glaube, dass Eltern ihre Kinder ganz außerordentlich sorgsam behüten und dass das die Kinder besonders spüren, dass die Eltern sie besonders behüten (...).

Frage: Welchen Einfluss haben die Postmigrationsstressfaktoren darauf, wie man mit den Fluchterfahrungen umgeht?

Frau Schober: *Manchmal denke ich, dass die Verfahren vor dem BFA noch einen höheren Stress auslösen als die Flucht an sich. Die Flucht war vielleicht nach einigen Monaten vorbei, aber das Asylverfahren kann bis zu drei, vier Jahren dauern. Diese Ungewissheit macht einen unrund und nervös, perspektivenlos,*

man weiß nicht ob man bleiben darf oder nicht, man darf nicht arbeiten, hat keine Tagesstruktur, weiß nicht, wie es weitergeht, man bemerkt, dass im Deutschkurs nur mehr elf Personen sitzen, weil zwei vorige Woche abge schoben wurden. Das äußert sich fatal. Wir merken das in den letzten Monaten, dass einige Personen die Deutschkurse abbrechen, die Gründe kann man nicht erfahren. Man hört es aus den Einrichtungen, aus den organisierten Quartieren, dass der Deutschkurs abgebrochen wurde, nach dem Motto, das hat eh alles keinen Sinn mehr. Diese Passivität kehrt jetzt ein – die Menschen reagieren unterschiedlich. Manche reagieren aggressiv, manche werden mit dem neuen Rollenbild hier nicht fertig. Zu Hause hatten sie eine Rolle, eine Funktion, Aufgaben. Man hatte eine Position in der Familie, hat die Familie ernährt oder Personen in der Familie gepflegt. Dieser Rollenverlust ist für die Männer noch schwieriger als für Frauen. Wir merken, dass wir hier in den Beratungsstellen in Gewaltprävention für Männern investierten. Die Unzufriedenheit und Perspektivenlosigkeit führt zu Aggressionen, die bei Frauen und Kinder ausgelassen werden. Aber der Stress der Flucht, kombiniert mit dem Stress des lang andauernden Asylverfahrens und die Ungewissheit zu haben, zur Untätigkeit „verpflichtet“ zu sein. Da ist die österreichische Rechtslage ja eine Katastrophe. Das macht viele Leute auch psychisch krank, die vorher gesund waren und das wird hier gestärkt und nicht besser.

Frau Schober erklärt, wie eine Planung für eine medizinische und psychosoziale Versorgung erfolgt. Sie betont, dass die von Beratungsstellungen und Hausleitungen eingeholten strukturierten feed backs wichtige Planungsinstrumente sind.

Frage: Was würden sie im Optimalfall brauchen um ihre Arbeit optimieren zu können?

Frau Schober: *Andere Bundesgesetze, zum Beispiel eine Änderung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes – das wäre das allerwichtigste, dass man den Zugang zum Arbeitsmarkt schafft schafft. Derzeit ist es den Asylwerbern verwehrt, obwohl es in den Aufnahmerichtlinien der Europäischen Union vorgesehen ist, dass nach neun Monaten im Asylverfahren der Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewähren ist. Das hat Österreich nicht umgesetzt. Das fände ich aber sehr wichtig, weil die Menschen wollen arbeiten. Das ist das feedback, das wir bekommen haben: „Wir wollen arbeiten, bitte keine Almosen, lasst uns doch was arbeiten! Wieso dürfen wir nicht?“ Ich würde mir auch wünschen, dass zahlreiche Erlässe aufgehoben werden, so beispielsweise der jüngste Erlass, der von der Frau Sozialministerin rausgegangen ist, wonach es den Asylwerbern verwehrt wurde, eine Lehrstelle anzunehmen. Das war sehr schlimm: nicht so für Wien, aber für die Bundesländer. Was ich mir wünschen würde, dass es wieder die Integrationsmillionen gibt, für die Deutschkurse ab dem ersten Tag. Ich bin sehr überzeugt davon, dass Deutsch sehr wichtig für*

die Integration ist. Man muss die Sprache beherrschen – für den Arztbesuch, für den Alltag. Da reicht es nicht, dass man nach drei, vier Jahren, wenn man im Land ist, beginnt, die Sprache zu lernen. Es ist viel richtiger, so wie es die Wiener Landesregierung sagt, dass Integration, das Erlernen der Sprache vom ersten Tag an stattfinden muss – deswegen finanzieren wir in Wien ja auch die Sprachkurse. Da würde ich mir auch eine Änderung der Bundesgesetze wünschen, derzeit ist es ja so, dass die Bundesregierung nur Deutschkurse bezahlt für Asylwerber mit einer hohen Anerkennungswahrscheinlichkeit. Wer das ist, das wird vom Bundesminister für Inneres festgelegt, jedes Jahr mit Stichtag 1. April muss er das festlegen. Heuer hat er das das erste Mal getan und hat gesagt, dass ausschließlich die Menschen aus Syrien eine hohe Anerkennungswahrscheinlichkeit haben. Das heißt, dass alle anderen nicht mehr in den Genuss von Deutschkursen, die der Bund bezahlt, kommen. Das heißt, die bleiben in der Zuständigkeit der Länder und die Länder müssen jetzt die finanziellen Mittel aufstellen, um das zu finanzieren.

Also wenn ich mir noch was wünschen dürfte, dann würde ich sage, bitte wir hätten gerne ein paar Integrationsmillionen. Bitte liebe Bundesregierung, ändert eure Haltung, es macht sehr wohl Sinn, dass die Menschen hier Deutsch lernen, es macht Sinn, dass wir sie in unserer Sprache alphabetisierten und es macht auch Sinn, dass sie Basisbildung erfahren, das macht alles Sinn. Für bildungsferne Menschen bedeutet das, dass sie eine Tagesstruktur haben, wenn sie schon nicht arbeiten dürfen sollen sie wenigstens lernen dürfen. Weil wie der Herr Flüchtlingskoordinator immer gesagt hat, lieber Schulbank als Parkbank. Also wenn man in die Schule geht, etwas lernen darf, dann hat man auch eine Tagesstruktur und ein Ziel. Das ist allemal gescheiter, aber das kostet halt alles etwas. Natürlich ist das eine Investition, wir finden halt in Wien, dass das eine Investition in die Zukunft dieser Menschen ist, aber auch in unsere Zukunft. Denn je schneller die Leute Deutsch lernen und vielleicht sogar schon sehr gut Deutsch sprechen, wenn sie dann einen Arbeitsplatz suchen dürfen – innerhalb des Asylrechtes – dann sind sie schneller vermittelbar. Dann sind sie nicht so lange im Bezug der Mindestsicherung, also das würde ja durchaus Sinn machen, dass man möglichst früh anfängt mit diesen Deutschkurs- und Alphabetisierungsmaßnahmen, weil dann könnten sie sofort in den Arbeitsmarkt strömen. Sie nehmen glaube ich jede Arbeit an, ich glaube nicht dass sie den Österreichern die Arbeit wegnehmen. (...) Wenn wir uns ehrlich sind, diese geflüchteten Menschen nehmen jede Arbeit an, die kein Österreicher je annehmen würde.

Es gibt genug Mangelberufe in Österreich, die sind auch definiert in Österreich. Ich denke da könnten wir auch etwas machen. Ich würde mir eine andere Herangehensweise wünschen, so wie es in Deutschland passiert ist. Wenn man sich anschaut, wer in Österreich für Integrationsmaßnahmen

denn zuständig ist, ist es der Sozialbereich und ein wenig der Bildungsbereich. In Deutschland ist es der Wirtschaftsbereich, da ist die Handelskammer zuständig. Das finde ich total spannend, die haben einen anderen Denkansatz, nämlich, dass es neue Arbeitskräfte sind, die kommen – bei uns herrscht die gegenteilige Annahme, da kommen „Parasiten“ oder „Sozialschmarotzer“. Die Haltung ist eine ganz andere, es geht darum, wie sehe ich die Menschen die da kommen. Die Idee finde ich brilliant, dass einige Handelskammern in verschiedenen deutschen Bundesländern das gemacht haben. Sie haben gesagt, das und das ist ein Mangelberuf, und wir bieten ein Package an. Wir bieten einen Deutschkurs, einen Fachdeutschkurs und die Grundausbildung zum Schweißer zum Beispiel an, das wurde in Deutschland als Mangelberuf definiert. In sechs Monaten lernen sie fünf Schweißtechniken, sie lernen Deutsch bis A2 und sie lernen Fachdeutsch, damit sie die Anweisungen verstehen, was sie wo schweißen sollen. Wenn sie den Kurs bestehen, wenn sie den Abschlusstest haben, dann bekommen sie ein Zertifikat, sie sind in Deutschland ein ausgebildeter Schweißer. Das Zertifikat ist etwas wert – damit können sie in ganz Europa arbeiten. Sie können Deutsch, und wenn sie einen Job annehmen, werden sie nicht ausgewiesen, egal wie das Asylverfahren ausgeht. Das hat sehr gut funktioniert, das haben sie mit mehreren Berufsbildern gemacht und das finde ich einen guten Ansatz. Ich vermisse das hier in Österreich total, von der Wirtschaftseite gibt es da nichts.

Frau Schober erklärt auch, dass die Realisierung von Resettlement Programmen, die derzeit aber von der Regierung nicht gewünscht sind, die Integration von Geflüchteten um ein Vielfaches erleichtern würde. Mithilfe dieser Programme könnte man die diversen Integrationsmaßnahmen gezielter vorbereiten. Auf die Frage welche Erwartung sie an die Wissenschaft im Bereich der Fluchtarbeit hat, meinte sie dass es notwendig wäre, die Erwartungshaltungen und die Erfahrungen der Geflüchteten in den einzelnen Integrationsprogrammen genauer zu untersuchen. Da viele Institutionen in den Prozessen involviert sind, ist es oft für die Menschen kaum durchschaubar, wer welche Leistungen anbietet, plant und finanziert. Daher müssten die Perspektiven der Geflüchteten und ihre Erfahrungen mit den Integrationsmaßnahmen genauer untersucht werden, da sich die Herausforderungen in den Integrationsaufgaben in der Fluchtarbeit ganz wesentlich von jenen in der Arbeitsmigration unterscheiden.

Frau Schober: *Flucht ist immer wieder wie eine Welle, bei der Migration ist es eher eine gleichmäßige Entwicklung. Wien war immer Migrationsstadt, wir sind eine Stadt der Vielfalt. Für uns ist das normal hier. Die großen Fluchtbewegungen sind schon immer eine Herausforderung, für die Stadtverwaltung und die Bevölkerung hier. Mich hat es immer wieder überrascht, dass man diese Fluchtbewegung 2015/2016 so schrecklich gesehen hat, immer von einer Krise gesprochen hat. In den 1950er Jahren und in den 1990er Jahren*

hatten wir schon große Fluchtbewegungen, da waren es viel mehr Menschen, damals hat aber keiner von einer Krise gesprochen in der Politik – das war ein anderer Zugang zum Thema. Aber scheinbar empfindet man ein paar Tausend die geflüchtet sind schon als eine Krise, das ist lächerlich. Wenn man sich anschaut, wie viele Menschen leben in Österreich und wie viele sind geflüchtet – das ist total lächerlich, dass man da eine Angst schürt. Es ist lächerlich, wenn man sich die Zahlen in der Relation ansieht.

Das Gespräch führten Dr. Maria SIX-HOHENBALKEN und Dr. Sabine BAUER-AMIN.